



HESSISCHER LANDTAG

15.11.2004

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen*

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2005 (Haushaltsgesetz 2005)
und zur Änderung der Hessischen Landeshaushaltsordnung
Drucksache 16/2703**

- Einzelplan 03 -

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 79

Hessisches
Bereitschaftspolizeipräsidium

Zu Titel 422 61

Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen
und Beamten auf Widerruf
- Laufende Zahlungen -

Der Ansatz von 15.383.300 Euro wird um
220.000 Euro auf 15.603.300 Euro erhöht.

Die Erläuterungen und der Wirtschaftsplan
werden entsprechend angepasst.

Begründung:

Damit der aus Ruhestandsversetzungen im
Jahr 2008 sich ergebende Ersatzbedarf durch
ausgebildete Polizeibeamtinnen und
Polizeibeamte zum 1. August 2008 gedeckt
werden kann, ist - unter Berücksichtigung
eines 10%igen Ausfalls während der
Ausbildung - eine Einstellung von 250
Anwärterinnen und Anwärtern für den
Polizeidienst im Jahr 2005 erforderlich. Im
Haushaltsentwurf sind bisher Mittel für 200
Einstellungen berücksichtigt. Für eine
Erhöhung dieser Zahl um 50 sind sowohl
anteilige Personalausgaben in Höhe von
220.000 Euro und einmalige Sachausgaben
in Höhe von 100.000 Euro zusätzlich
erforderlich.

Wiesbaden, 10. November 2004

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Franz Josef Jung (Rheingau)